

Luise Klemens – Vorsitzende der Fraktion ver.di / ACA / IG-Metall

„Wir befinden uns in einer Zeit, da braucht es erstmal ein paar gute Nachrichten. Und im ersten Moment klang es ja auch so, dass im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat doch noch was zum kleinen Sparpaket vorgelegt wird. Darüber kann man einerseits froh sein, aber es ist ja auch hinreichend dargestellt worden, dass es sich hierbei maximal um ein „kleines Licht“ handelt, im Verhältnis der Probleme, vor denen wir im Gesundheitswesen stehen. Von daher bin ich der Auffassung, dass wir als Selbstverwaltung an dieser Stelle weiter gut unterwegs sein müssen. Die Einsparvorschläge des GKV-Spitzenverbandes zeigen ja eine ganze Reihe von konstruktiven Möglichkeiten auf, wie das System ein Stück weit wieder eingefangen werden könnte. Zudem schauen wir als Arbeitnehmervertretende auch immer darauf, was das für die Beschäftigten, insbesondere im Gesundheitswesen, in Krankenhäusern und Kliniken, bedeutet. Hierbei geht es ja auch um die Versorgungsqualität, auf die wir ja auch draufschauen. Wenn man nun die Einsparvorschläge anschaut, und hier speziell, was heute auch bereits diskutiert wurde, die Frage um das Paket der versicherungsfremden Leistungen, durch die die Krankenkassen regelrecht geplündert werden, weil diese Leistungen nicht durch Steuermittel finanziert werden, dann habe ich mich schon ein wenig gefreut, als ich gestern gelesen habe, dass der Petitionsausschuss die Frage der Kostenerstattung der Bürgergeldbeziehenden an den Bundestag weitergereicht hat. Dies ist sogar parteiübergreifend geschehen. Ich finde, das Signal macht Hoffnung, denn hier verbergen sich 10 Milliarden Euro. Das ist somit eine Summe, die sich auswirken würde in der GKV.

Auf der anderen Seite: Was erleben wir, indem von einigen doch sehr tief in die Mottenkiste gegriffen wird, um zu schauen, was man an Kosten einsparen könnte? Ein Stichwort ist die Praxisgebühr. Das hatten wir schon einmal und das Ergebnis war, dass Menschen, die nur wenig Geld hatten, aber eigentlich dringend zum Arzt mussten, das verschleppt hatten und danach noch um so schlimmer erkrankt waren. Das wissen wir noch alles, aber trotzdem werden solche Vorschläge wieder aus der Mottenkiste hervorgeholt. Zudem werden Rechte von Arbeitnehmenden oder, wenn es auch um Personalausstattungen geht, mit Bürokratie, Bürokratieabbau oder Entbürokratisierung gelabelt, weil man hierrüber zurzeit im aktuellen politischen Klima so einiges argumentativ verstecken kann, und somit nicht darlegt, worum es eigentlich geht. Ich finde daher, wir sollten einfach auch, wenn es um solche Fragen wie Personalausstattungen, so im Krankenhaus oder in der Pflege geht, so draufschauen, dass es auch um unsere Versicherten geht. Sind diese gut versorgt, ist dabei die Frage. Wenn Kliniken heute noch ohne Konsequenzen die Fachpersonalrate unterschreiten können, dann

finde ich das einfach auch eine Frechheit. Auch hier geht es um die Versorgungssicherheit und die muss gewährleistet werden.

Zudem argumentieren wir bereits lange hinsichtlich von Arzneien über den Mehrwertsteuersatz von 19 v. H. und warum dieser so hoch sein muss. Wenn man sich nun anschaut, dass in der Gastronomie der Mehrwertsteuersatz mehr als halbiert wird, dann fragt man sich, was das eigentlich für eine Lobbypolitik ist, und wieso haben wir, die Versicherten diese Lobby nicht. Wieso müssen wir weiterhin den vollen Mehrwertsteuersatz auf alle Medikamente und Hilfsmittel zahlen, wenn es an anderer Stelle auch geht. Ich glaube, dass ist im neuen Jahr auch nochmals eine Herausforderung. Hier kann man durchaus auch mal ein wenig polemisieren und sagen, was für die Wirte gilt, muss für die Gesundheit der Menschen auch möglich sein.

Wir sollten bei alledem gemeinsam im Blick behalten, dass die Sozialen Sicherungssysteme der Kitt der Gesellschaft sind. Die Rente steht im Feuer, es geht um die Arbeitslosenversicherung, das Thema Bürgergeldbeziehende, die ganzen Fragen rund um die Gesetzliche Krankenversicherung. Man muss sich dabei fragen, wohin das führt. Wenn die Menschen ihre Grundsicherheit in die Sozialen Sicherungssysteme und damit in den Staat verlieren, dann wird es nicht besser. Das sind meiner Meinung nach weitere Sargnägeln in die Demokratie und deswegen kann ich ehrlich gesagt nicht verstehen, warum die aktuelle Koalition hier nicht schneller tätig wird und Entscheidungen trifft. Dass Entscheidungen getroffen werden müssen, steht doch außer Frage. Man sollte agieren und nicht immer weiter zuschauen, sodass die Menschen verunsichert sind und sich am Ende in die Arme von rechten Parteien begeben, weil sie dort noch Hoffnungen schöpfen. Das ist mir zwar ein Rätsel. Eigentlich müsste man an dieser Stelle auch nochmals über den Bundeskanzler und seine Stadtbilddebatte sprechen. Was bedeutet das für die Gesellschaft, wenn eine Person wie der Bundeskanzler so tut, als könnte er darüber bestimmen, wer gehört hierher und wer nicht. Wie geht es dabei unseren Versicherten mit migrantischer Geschichte, oder auch den Beschäftigten. Wir leben alle in einer multikulturellen Gesellschaft und wissen daher, was solche Äußerungen mit Menschen macht. Ich glaube, das ist eigentlich nur ein Ablenken vom eigenen Versagen, nämlich dass die Regierung nicht für Sicherheit sorgen kann. Vor allem auch für Sicherheit von Frauen, die dringend erforderlich wäre.

Das wäre auch ein Punkt, den ich mir für das kommende Jahr wünschen würde: Und für das kommende Jahr wünsche ich mir auch, dass wir weiterhin konstruktiv und Streitbar

zusammenarbeiten. Ich bedanke mich natürlich bei allen Beschäftigten, beim Vorstand, bei der Geschäftsstelle des Verwaltungsrates. Für das Jahr 2026 wünsche ich Allen alles Gute. Es bleibt herausfordernd und für uns ist eine zentrale Herausforderung – auch, wenn wir manchmal unterschiedlicher Meinung sind – die zentrale Selbstverwaltung hochzuhalten und sie zu verteidigen. Und zwar gegen alle Angriffe, auch gegen die, die uns ebenfalls am liebsten als Bürokratie labeln würden.“

